



Am 4. November demonstrierten Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Cuxhaven an der „Alten Liebe“ erstmals gegen das Vorhaben der Hansestadt Hamburg, bei Scharhörn am Rande des Wattenmeers eine Deponie für Hafenschlick einzurichten.
Archivfoto: Kramp

Samstag, 19. Dezember 2020

Hamburg hält unbeirrt an Plänen fest

Von Ulrich Rohde

Kreis Cuxhaven. Die Entrüstung über die Hamburger Pläne, vor der Vogelinsel Scharhörn in der Elbmündung in unmittelbarer Nähe zum Weltnaturerbe Wattenmeer eine Deponie für Hafenschlick einzurichten, reißt nicht ab. Nicht nur zahlreiche Umweltverbände, auch das Land Niedersachsen und die Stadt Cuxhaven wenden sich gegen das Vorhaben (siehe auch unser Sonnabendgespräch auf Seite 14). Jetzt hat die Bürgerinitiative „Rettet das Cux-Watt“ Post bekommen. Sowohl die Hamburger Wirtschafts-, als auch die Umweltbehörde sowie die niedersächsische Nationalparkverwaltung antworteten auf Fragen der Initiative.

Die Wirtschaftsbehörde von Senator Michael Westhagemann (parteilos) verweist darauf, dass bei der jetzt eingeleiteten Prüfung der Option, Sediment aus den Hafenbecken bei Scharhörn zu verbringen, eine sorgfältige Abwägung der Umweltverträglichkeit und möglicher Alternativen erfolgen werde. Auch die rechtlichen Vorgaben wie das Verschlechterungsverbot nach der Wasserrahmenrichtlinie, die Vorgaben der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie die Verpflichtungen aus der Anerkennung des Wattenmeers als Unesco-Weltnaturerbe würden eingehalten.

Die Behörde verweist darauf, dass es Ziel sein müsse, dass die „kleinräumigen Kreislaufbaggerungen“ auch im Interesse des Natursystems zurückgefahren werden müssten. Die viel zu niedrigen Oberwasserabflüsse machten einen wirksamen Austrag von Feinsedimenten aus dem inneren Elbeästuar und dem Hafen erforderlich. Nur so ließen sich die Baggermengen insgesamt auf ein niedrigeres Niveau senken.

Gleichzeitig betont die Wirtschaftsbehörde, Vorreiterin bei der Sanierung von Elbsedimenten zu sein. Belastete Sedimente würden kostenintensiv entnommen, behandelt und landseitig entsorgt. Daher

gehe es bei einer möglichen Verklappung bei Scharhörn auch nur um die „heute in der Elbe anfallenden, vergleichsweise sauberen Sedimente im Gewässer“.

Vonseiten der Hamburger Umweltbehörde hieß es, dass in einem möglichen Genehmigungsverfahren geprüft und bewertet würde, sollten mit Schadstoffen belastete Sedimente in das Küstengewässer eingeleitet werden. Die Umweltbehörde wäre bei einem eingeleiteten Verfahren voraussichtlich als Genehmigungsinstanz beteiligt. Auch die Umweltbehörde verweist darauf, dass die Hafenbehörde HPA als Vorhabensträger das Ziel verfolge, den Feinsedimentenüberschuss im Hamburger Hafen zu vermindern. Die Insel Neßsand (bei Blankenese) habe sich als Standort zu Sedimentumlagerung als nur bedingt geeignet erwiesen.

Hamburgs Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) hatte sich noch im Herbst gegenüber Medien kritisch zu dem Vorstoß von Wirtschaftssenator Westhagemann geäußert und die Elbvertiefung und Verklappungspraxis infrage gestellt.

Keine Lagestabilität

Peter Südbeck, Leiter der Nationalparkverwaltung „Niedersächsisches Wattenmeer“, teilt die Besorgnis der Kritiker um die Auswirkungen der Hafenschlickverklappungen auf den Nationalpark und das Weltnaturerbe Wattenmeer. Die Landesregierung gehe davon aus, dass in dem Gebiet bei Scharhörn aufgrund der dort herrschenden morphodynamischen Verhältnisse (stete Veränderung des Gewässerbetts) keine Lagestabilität für das Schlickmaterial erreicht werden könne. Verdriftungen von schadstoffbelastetem Feinsediment in die angrenzenden küstennahen Gebiete seien zu befürchten. Davon wären insbesondere die Gemeinden im Bereich der Unterelbe und der Außenweser betroffen.

Die Bürgerinitiative „Rettet das Cux-Watt“ zieht aus den Antworten auf ihre Anfragen den Schluss, dass die Hamburg Port Authority trotz aller Widerstände und breiter Ablehnung weiterhin die Nutzung des sogenannten „Plan B“ in Betracht zieht. Voraussetzung: Das langwierige Prüf- und Genehmigungsverfahren der Hamburger Fachbehörden zum Scharhörn-Plan, das bereits im Frühjahr starten soll, ergibt, dass eine Verbringung des Hafenschlicks umweltverträglich ist.